

PROTOKOLL
über die
GEMEINDERATSSITZUNG

am: 28. Juni 2006

Schlossparkhalle, Untergeschoß („Stüberl“)
3001 Mauerbach,
Hauptstraße 248

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.34 Uhr

Anwesend: Bürgermeister Gottfried Jelinek (als Vorsitzender)
Vizebürgermeister KR Ing. Alfred Graf

GGR Mag. Sigurd Meixner
GGR Kurt Langschwert
GR Stefanie Steurer ab 19.46^h
GR Leopold Dutzler
GR Ing. Wolfgang Gratzer
GR Monika Nepelius
GR Johann Wöginger
GR Klaus Fröhlich

GR Ing. Gerhard Stitzle
GR Elfriede Auer
GR Harald Prenner
UGR Erwin Hackl

GGR Rosa Pitterle
GR Mag. Walter Wurmitzer
GR Dr. Hans Jedliczka
GR Matthias Pilter
GR Alfred Bannauer
GR Peter Buchner

GGR DI Monika Iordanopoulos-Kisser
GR Ursula Prader
GR Mag. Tilman Brandl

Entschuldigt: -----

GR Steurer nimmt ab 19.46 Uhr an der Sitzung teil.

Die Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates ist ausgewiesen.
Der Gemeinderat zählt 23 Mitglieder, davon sind 22 anwesend, die Sitzung ist daher beschlussfähig.

Außerdem sind 8 Zuhörer anwesend.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Gottfried Jelinek, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die heutige Sitzung beschlussfähig ist.

Er begrüßt auch die Zuhörer.

Tagesordnung:

I. öffentlicher Teil

- I/1 Bericht des Bürgermeisters
- I/2 Anfragen an den Bürgermeister und Ausschussvorsitzende
- I/3 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 24.5.2005
- I/4 Bericht Prüfungsausschuss vom 19.4.2006 und Fortsetzung vom 24.5.2006
- I/5 Beschluss - Beitritt Bodenbündnis
- I/6 Beschluss - Beitritt Mobilfunkpakt
- I/7 Beschluss - Pflichtenheft Gemeindeärztin (Präzisierung Aufgaben gem. § 15 Abs. 2 NÖ Gemeindeärztegesetz)
- I/8 Beschluss - Tarifierpassung Musikschule
- I/9 Beschluss - Vergabe Veranlagung Festgeld
- I/10 Beschluss - Vergabe Instandhaltung öffentliche Beleuchtung

II. Dringlichkeitsanträge

III. nicht öffentlicher Teil

- III/1 Beschluss - Verträge Personalüberlassung zwischen Musikschule Mauerbach und Musikschule Purkersdorf
- III/2 Beschluss - Dienstvertrag

Der Bürgermeister erklärt, dass TOP III/2 abgesetzt wird.

Vor Eingehen in die Tagesordnung bringt Bgm Jelinek einen Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis:

Der Dringlichkeitsantrag von ÖVP, Grüne und SPÖ betreffend Schaffung der Voraussetzung zur Führung einer weiteren Kindergartengruppe ab September 2006 wird **einstimmig** unter **Punkt II/1** in den **öffentlichen Teil** der Tagesordnung aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist als Beilage B diesem Protokoll angeschlossen.

Die nunmehrige Tagesordnung lautet:

I. öffentlicher Teil

- I/1 Bericht des Bürgermeisters
- I/2 Anfragen an den Bürgermeister und Ausschussvorsitzende
- I/3 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 24.5.2005
- I/4 Bericht Prüfungsausschuss vom 19.4.2006 und Fortsetzung vom 24.5.2006
- I/5 Beschluss - Beitritt Bodenbündnis
- I/6 Beschluss - Beitritt Mobilfunkpakt
- I/7 Beschluss - Pflichtenheft Gemeindeärztin (Präzisierung Aufgaben gem. § 15 Abs. 2 NÖ Gemeindeärztegesetz)
- I/8 Beschluss - Tarifierpassung Musikschule
- I/9 Beschluss - Vergabe Veranlagung Festgeld
- I/10 Beschluss - Vergabe Instandhaltung öffentliche Beleuchtung

II. Dringlichkeitsanträge

- II/1 Schaffung der Voraussetzung zur Führung einer weiteren Kindergartengruppe ab September 2006

III. nicht öffentlicher Teil

- III/1 Beschluss - Verträge Personalüberlassung zwischen Musikschule Mauerbach und Musikschule Purkersdorf
- III/2 abgesetzt

I/1 Bericht des Bürgermeisters

Dieser Bericht wurde (laut GR-Beschluss 21.9.1994) allen Gemeinderäten gemeinsam mit der Einladung zu dieser Sitzung übermittelt (siehe Beilage A).

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

I/2 Anfragen an den Bürgermeister und Ausschussvorsitzende

Auf die Anfrage von GGR Pitterle betreffend der Postgarage und der bereits eingelangten Unterlagen der Fa. Immorent, erklärt GR Stitzle, dass voraussichtlich im Juli ein Ausschuss für Hochbau und Innovation stattfinden wird und die Unterlagen anschließend an alle Fraktionsvorsitzenden weitergeleitet werden.

GGR Pitterle erkundigt sich weiters, ob mit der Post überhaupt noch verhandelt wird und ob der Gemeinde weitere Interessenten bekannt sind. Bgm Jelinek erklärt, es mangle zur Zeit an der Bestandsfreiheit des Gebäudes, weitere Interessenten sind der Gemeinde nicht bekannt.

I/3 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 24.05.2006

Antrag von GGR Meixner, das Protokoll vom 24.05.2006 ohne Verlesung zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 3 Enthaltungen (GR Bannauer, GR Buchner, UGR Hackl)

I/4 Bericht Prüfungsausschuss vom 19.4.2006 und Fortsetzung vom 24.5.2006

19.46 Uhr GR Steurer nimmt an der Sitzung teil.

Bevor GR Auer das Protokoll verliest, ersucht Sie die Gemeinderäte um eine Entscheidung, da das Protokoll im Anschluss an die Sitzung erstellt und allen Ausschussmitgliedern zur Durchsicht übermittelt wurde, von GR Brandl jedoch erst nach Abschluss des Protokolls eine Reaktion mittels E-Mail eingetroffen ist. Nach Auskunft des Landes NÖ wäre dies nicht mehr Bestandteil des Protokolls, GR Auer betont jedoch, mit dem Verlesen dieser Ergänzung kein Problem zu haben. Die Mehrheit der Gemeinderäte befürwortet dies ebenfalls.

GR Auer verliest das Protokoll und die Ergänzung von GR Brandl.

Bezugnehmend auf diese Ergänzungen zitiert GR Wurmitzer betreffend Schulzu- und Umbau auszugsweise aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 04.12.2002, TOP 9, und erkundigt sich bei GGR Langschwert, ob geplant ist, aufgrund der erheblichen Kostenüberschreitung die Honorare der Architekten zu kürzen. GGR Langschwert erklärt, dass der überwiegende Teil der Mehrkosten aufgrund unvorhersehbarer Baukosten entstanden ist, die keine Honorarkürzung rechtfertigen.

GGR Pitterle kritisiert, dass der Gemeinderat generell zu wenig informiert wurde, auch GR Brandl regt an, bei künftigen Projekten besser und mehr zu informieren. GGR Langschwert entgegnet, dass alle Unterlagen der Architekten transparent auflagen. Auch GR Stitzle betont, in den Gemeinderatssitzungen immer genau über den Ablauf sowie die jeweiligen Kostenerhöhungen, welche durch den Baubeirat genehmigt wurden, berichtet zu haben.

GR Prader meint, dass ein guter Planer aufgrund seiner Erfahrung bei einem derartigen Altbau mit offensichtliche Sanierungsnotwendigkeiten rechnen müsste. Darauf erklärt GGR Langschwert, dass eine Besichtigung stattgefunden hat; auch im Falle der Sanierung des Postgebäudes können unvorhersehbare Baukosten auftreten.

I/5 Beschluss - Beitritt Bodenbündnis

UGR Hackl informiert anhand einer Zusammenstellung, welche als Beilage C diesem Protokoll beigefügt ist, über das Bodenbündnis. Weiters liegt jedem Gemeinderat eine Informationsbroschüre vor.

UGR Hackl erklärt, dass jede Gemeinde ihren eigenen Schwerpunkt finden kann.

GGR Iordanopoulos-Kisser ergänzt, dass die Bodenversiegelung bereits Ausmaße angenommen hat, die schwere Auswirkungen wie Hochwasser etc. zur Folge hat. Die Gemeinde kann sich auch konkrete Maßnahmen überlegen.

Die Kosten belaufen sich auf ca. € 40 – 70,-- jährlich.

Auf die Anfrage von GR Bannauer, welche Leistungen in diesen Kosten beinhaltet sind, erklärt GR Prader, dass zahlreiche Informationsveranstaltungen geboten werden; qualifizierte Ansprechpartner liefern jede Menge Gratisinformation zu vielen Themen.

GGR Langschwert bemerkt, dass Asphaltierungen von noch nicht staubfreien Straßen in Mauerbach im Widerspruch dazu stünden. GR Prader erklärt, dass auch die asphaltfrei gestalteten Nebenflächen bereits ein Schritt zur Besserung sind. Betreffend der verdichteten Bauform kann jeder Gemeinde ihr eigener Charakter erhalten bleiben.

Antrag von GR Hackl, der Gemeinderat möge den Beitritt der Marktgemeinde Mauerbach zum Bodenbündnis beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

I/6 Beschluss - Beitritt Mobilfunkpakt

GR Prader berichtet, dass die Mobilfunkbetreiber ausgehandelt haben, im Falle einer Bauanzeige für die Errichtung eines Mobilfunkmastes die Gemeinde vorab zu informieren, Die Errichtung auf öffentlichen Gebäuden soll zugelassen werden.

Da die Gemeinde ab Einlangen der Information nur 30 Tage Zeit für eine Stellungnahme hat, die herkömmliche Abwicklung jedoch dafür zu lange dauert, wird vorgeschlagen, sofort nach Einlangen der Bauanzeige UGR Hackl zu informieren, der dies entsprechend weiter verfolgen wird.

GR Stitzle gibt zu bedenken, dass bei der zur Verfügungstellung öffentlicher Gebäude auch die Anbringung eines Mastes zum Beispiel auf dem Kindergarten, auf der Volksschule oder auf der Schlossparkhalle möglich wäre. GR Prader erklärt, dass sensible Gebäude ausgenommen werden.

Antrag von Bgm Jelinek, dem Mobilfunkpakt wie vorgeschlagen beizutreten.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 4 Enthaltungen (GGR Langschwert, GR Buchner, GR Brandl, GR Stitzle)

I/7 Beschluss - Pflichtenheft Gemeindeärztin (Präzisierung Aufgaben gem. § 15 Abs. 2 NÖ Gemeindeärztegesetz)

GR Wurmitzer berichtet, dass sich der Ausschuss für Soziales und Personal auf Anregung des Prüfungsausschusses mit diesem Thema auseinander gesetzt hat. Im Zuge dessen wurden Gespräch geführt, bei welchen auch die Volksschule mit den Lehrern und Vertreter der Eltern eingebunden waren.

Nachstehende Verpflichtungserklärung wurde ausgearbeitet:

Verpflichtungserklärung

In Präzisierung des § 15 (2) NÖ Gemeindeärztegesetz wird zwischen der Gemeindeärztin
Dr. Christa Grill

Kreuzbrunn 15D/1/6
3001 Mauerbach
und der Marktgemeinde Mauerbach
vertreten durch Bürgermeister Gottfried Jelinek
Allhangstraße 14
3001 Mauerbach
folgendes vereinbart:

1. Im Rahmen der ärztlichen Leistungen im Ausmaß von 28 Stunden pro Monat unter Wahrnehmung der Aufgabe des Schularztes nach dem NÖ Pflichtschulgesetz LGBl 5000 wird die Gemeindeärztin im Einvernehmen mit der Volksschulleitung regelmäßig mindestens an zwei Vormittagen pro Monat (insgesamt 8 Stunden) gemäß § 15 (2) Punkt 4 (Aufgaben des Gemeindearztes) in der Volksschule anwesend sein. In dieser Zeit sollen die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen der Schulkinder durchgeführt werden sowie der Schularzt den Schülern und Lehrern im Bereich allgemeiner Gesundheitsberatung zur Verfügung stehen (Mitarbeit in den Klassen, Vorträge, Frage- und Antwortstunden). Der Schularzt wird regelmäßig bei Schul- und Klassenforen bzw. bei Sprechtagen für Fragen der Gesundheitserziehung auch den Eltern zur Verfügung stehen.
2. Bezüglich § 15 (2) Punkt 5 (Aufgaben des Gemeindearztes) wird die Gemeindeärztin jährliche Untersuchungen aller Kindergartenkinder im Einvernehmen mit der Kindergartenleitung bzw. den Eltern durchführen.
3. Bezüglich § 15 (2) Punkt 6 (Aufgaben des Gemeindearztes) wird die Gemeindeärztin im Einvernehmen mit der FF Mauerbach und der FF Steinbach die vereinbarten Tätigkeiten durchführen, soweit keine eigene ärztliche Versorgung durch die Feuerwehr gegeben ist.
4. Über die durchgeführten Tätigkeiten ist vierteljährlich ein Bericht der Gemeinde vorzulegen.

GR Wurmitzer ergänzt, dass es Aufgabe des Bürgermeisters ist, den Gemeindearzt bzw. die Gemeindeärztin zu beauftragen und zu kontrollieren.

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob der Inhalt der zu beschließenden Vereinbarung mit Frau Dr. Grill abgesprochen wurde, erklärt GR Wurmitzer, dass diese mit ihr abgeklärt wurde. GR Nepelius erklärt, dass die Gemeindeärztin bei der Besprechung in der Volksschule anwesend war und keinen Einspruch erhob.

GR Auer dankt für die positive Lösung.

Antrag von GR Wurmitzer, die Verpflichtungserklärung für die Gemeindeärztin zu beschließen und den Bürgermeister um Beauftragung und Kontrolle der Gemeindeärztin zu ersuchen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

I/8 Beschluss - Tarifierpassung Musikschule

GGR Langschwert erklärt, dass abgesehen von den steigenden Kosten auch der mögliche Zusammenschluss mit Purkersdorf eine Tarifierpassung erforderlich macht, da aufgrund des neuen Musikschulgesetzes in nächster Zeit keine Tarifänderungen vorgenommen werden dürfen.. Daher wurde Mag. Jahoda um den Entwurf einer Tarifierpassung ersucht, welche GGR Langschwert zur Kenntnis bringt und diesem Protokoll als Beilage D beigefügt ist.

Die prozentuell starke Erhöhung einzelner Tarife wird diskutiert.

Da die Tarife jedoch vier Jahre nicht erhöht wurden, betont GGR Langschwert die Notwendigkeit für die Finanzierbarkeit der Musikschule. Auch im Hinblick auf die Angleichung an Purkersdorf ist die Erhöhung sinnvoll.

Die quartalsweise Abrechnung (bisher 2-monatig) könnte zu Schwierigkeiten führen, da manche Familien einen höheren Betrag nicht auf einmal zahlen können. Es wird daher über die Art der Abrechnung gesondert abgestimmt.

Antrag von GGR Langschwert, die Musikschulabrechnung zukünftig quartalsweise vorzunehmen.

Beschluss: Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür (GGR Langschwert, GR Gratzer, GR Wöginger, GR Stitzle, Vbgm Graf)
2 Enthaltungen (GR Fröhlich, GR Dutzler)

Antrag von GGR Langschwert, die Musikschuletarife ab 2006/2007 gemäß vorgelegter Aufstellung zu erhöhen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 7 Gegenstimmen (ÖVP, GR Brandl)
3 Enthaltungen (GGR Iordanopoulos-Kisser, GR Prader, Vbgm Graf)

I/9 Beschluss - Vergabe Veranlagung Festgeld

GGR Langschwert berichtet, dass die bereits beschlossene Veranlagung des Festgeldes (Rücklagen) bei der PSK aufgrund der derzeitigen Situation der BAWAG/PSK nicht durchgeführt wurde. Somit wurden neue Konditionen bei verschiedenen Geldinstituten abgefragt. Bestbieter ist die Bank Austria mit einem Zinssatz von 3,21 % bei einer Festgeldveranlagung für 12 Monate.

Das Girokonto soll wie bereits beschlossen bei der PSK bleiben.

Antrag von GGR Langschwert, den Betrag über € 310.000,-- Festgeld bei der Bank Austria zu einem Zinssatz von 3,21 % zu veranlagern.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 2 Enthaltungen (GGR Iordanopoulos-Kisser, GR Brandl)

I/10 Beschluss - Vergabe Instandhaltung öffentliche Beleuchtung

Bgm Jelinek berichtet, dass für die Ausschreibung sieben Firmen angeschrieben wurden, davon haben fünf Firmen ein Anbot gelegt, die Unterlagen liegen vor.

Geplant ist zukünftig eine jährliche Vergabe; die neuen Bedingungen laut Ausschreibungstext sollen eine ordnungsgemäße Abwicklung erleichtern. An den Kosten wird sich nicht viel ändern, jedoch werden weitere Leistungen, wie Reinigung der Leuchtmittelabdeckungen, zur Bedingung gemacht. Die Einhaltung der vorgeschriebenen Leistungen soll stichprobenartig überprüft werden.

GR Prenner berichtet, dass bereits im Dezember des Vorjahres durch den Ausschuss für Tiefbau und Kommunal eine Anbotseinholung betreffend Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung stattgefunden hat. Der Ausschuss hat damals beschlossen, die Leistungen an ortsansässige Firmen zu vergeben. Aufgrund des ihm vorliegenden Pauschalpreises werden die Kosten zukünftig um ca. 10 % gesenkt. Wie im Ausschuss besprochen, beantragt GR Prenner weiterhin die geteilte Vergabe in Unter- und Oberort mit Beauftragung von Fa. Strnad und Fa. e-solutions.

GGR Iordanopoulos-Kisser regt daraufhin an, diese Angelegenheit an den Ausschuss zurückzuverweisen, da zwei parallele Ausschreibungen rechtlich fraglich sind. Sie erklärt weiters, dass es zwei Arten von Ausschreibungen, die beschränkte und die öffentliche gibt, jedoch in jedem Fall der Billigstbieter ein Recht auf Beauftragung hat. GR Stitzle betont, dass der Ausschuss eine genaue Anweisung braucht, was nun mit den beiden Ausschreibungen zu geschehen hat.

GR Jedliczka ergänzt, dass seiner Meinung nach die Ausschreibungen aufgehoben werden und nach der Stillhaltefrist neu ausgeschrieben werden soll. Alle Bewerber müssen wieder miteingebunden werden. Um künftig solche Situationen zu vermeiden schlägt er einen entsprechenden Vortrag von einem Fachmann für alle Gemeinderäte vor.

Antrag von GGR Iordanopoulos-Kisser, beide Ausschreibungen aufzuheben, die Firmen diesbezüglich anzuschreiben, die Stillhaltefrist abzuwarten, den Ausschuss mit einer beschränkten Ausschreibung neu zu beauftragen und alle bisherigen Firmen einzubeziehen und auf Basis beider Ausschreibungstexte neu auszuschreiben.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (Bgm Jelinek)

II. Dringlichkeitsanträge

II/1 Schaffung der Voraussetzung zur Führung einer weiteren Kindergartengruppe ab September 2006

GR Steurer erkundigt sich, wie der letzte Satz des Dringlichkeitsantrags zu verstehen sei. GR Wurmitzer erklärt, sollte keine neue Gruppe zustande kommen, sollen sechs Kinder im Ausschuss objektiv ausgewählt werden.

GR Steurer berichtet von dem Gespräch im Kindergarten sowie von den Antworten auf die der Landesregierung gestellten Anfragen. Sie weist darauf hin, dass alle dreijährigen Kinder im September einen Kindergartenplatz haben. Sie stellt daher den Zusatzantrag, für alle Kinder bis drei Jahre eine Bedarfserhebung für eine Kleinkinderbetreuung durchzuführen.

Antrag von GR Wurmitzer, die Voraussetzungen zur Führung einer weiteren Kindergartengruppe ab September zu schaffen und im Ausschuss die Abklärung einer Kleinkindergruppe durchzuführen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Ende öffentlicher Teil um 22.25 Uhr.